

Schwerlast mit Leichtigkeit? Zur Verbesserung von Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte

Anfrage Abgeordneten Dr. Emanuel Herold, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die bisher geltenden genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen für Dienstleister aus dem Bereich des Großraum- und Schwertransports (GST)?
2. Sind aus Sicht des Senats die diesbezüglichen Neuregelungen, die das Bundeskabinett Anfang November beschlossen hat, ausreichend, um die Ziele einer Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für GST-Dienstleister zu erreichen?
3. Welche Bedeutung misst der Senat der Erreichung dieser Ziele für das Gelingen der Energiewende in Deutschland bei und inwiefern profitieren die Energiewendestandorte Bremerhaven sowie der Neustädter Hafen von den neuen Regelungen?

Zu Frage 1:

Fahrten mit Großraum- und Schwertransporten unterliegen zum Schutz der Straßeninfrastruktur vor weiterer Schädigung und zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit der Genehmigungspflicht der jeweils zuständigen Straßenbaulastträger. Gleichzeitig benötigt die Wirtschaft eine einfache und schnelle Transportgenehmigung. Die bisherigen Verfahren für die Genehmigung dieser Transporte sind komplex. Daher bewertet der Senat positiv, dass eine von der Verkehrsministerkonferenz eingesetzte Ad-hoc-Arbeitsgruppe 2024 einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Großraum- und Schwertransporte erarbeitet hat.

Zu Frage 2:

Die von der Ad-hoc Arbeitsgruppe der Verkehrsministerkonferenz erarbeiteten Vorschläge sind Bestandteil der novellierten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung, die vom Bundeskabinett am 6. November und vom Bundesrat am 20. Dezember 2024 beschlossen wurde. Nach Auffassung des Senats wird damit ein wichtiger Beitrag geleistet, um die Genehmigungsprozesse und Durchführung von Großraum- und Schwertransporte zu modernisieren und zu beschleunigen. Hierdurch werden die Rahmenbedingungen für entsprechende Transporte insgesamt signifikant verbessert und beschleunigt.

Zu Frage 3:

Der Windenergiebranche fällt eine zentrale Rolle zur Erreichung der klimapolitischen Ziele zu. In 2023 basierten 31 % des in Deutschland erzeugten Stroms auf Windkraft, die damit vor der Kohle erstmals Deutschlands wichtigste Energiequelle darstellt. Für die Erreichung der Klimaziele müssen bis 2030 jährlich ca. 2.000 neue Windenergieanlagen in Deutschland aufgebaut werden, die jedes Jahr rund 20.000 bis 30.000 Großraum- und Schwertransporte notwendig machen. Die vorliegenden Vorschläge

leisten einen wesentlichen Beitrag, diese herausfordernde Aufgabe erfolgreich meistern zu können. Zudem verbessern vereinfachte Verfahren die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen gegenüber den Westhäfen.

Um die Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erfolgreich zu meistern, ist neben diesen weitreichenden Beschleunigungsinstrumenten im Genehmigungs- und Durchführungsverfahren jedoch auch eine Lösung für die Sicherstellung von Energie-wendekorridoren notwendig. Die Anbindung der Häfen an das übergeordnete Straßennetz zeigt hier zunehmend Engpässe auf. Dies gilt in besonderem Maße für die immer länger werdenden Rotorblatttransporte. Hier gilt es, die letztjährigen Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz, der Wirtschaftsministerkonferenz und der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsministerien der norddeutschen Küstenländer umzusetzen sowie zeitnah und mit Nachdruck Lösungen beim Bundesministerium für Verkehr einzufordern, die das Ziel verfolgen, die Verkehrsinfrastruktur entlang der Transportketten von und zu den Seehäfen zu optimieren.